

Orientierung, Urteilsvermögen und die Bereitschaft zum Handeln - Bildungspolitik für die Bürgergesellschaft im 21. Jahrhundert

von Thomas Köhler, Andreas Rödder und Bettina M. Wiesmann

Immer mehr Menschen erreichen immer höhere Bildungsabschlüsse, doch werden die Klagen über mangelnde Bildung, Noteninflation und fehlende Ausbildungsreife zunehmend lauter. Zugleich werden neue Herausforderungen wie die digitale Revolutionierung unserer Lebensverhältnisse von unserem Bildungssystem bislang nur unzureichend adressiert. Dies kann Aufstiegsmöglichkeiten und Chancengleichheit behindern. Wird Bildungsqualität nämlich nicht von staatlicher Seite geboten, so wird dieses Defizit durch Zukauf kompensiert – und damit soziale Herkunft gewichtiger. Ein staatlich garantiertes hohes Leistungsniveau ist daher die Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit.

I. Bildungsqualität und Leistungsniveau im Föderalismus steigern

Dieser Anspruch beginnt mit dem Erwerb der deutschen Sprache. Defizite frühzeitig zu erkennen und durch verbindliche Fördermaßnahmen zu bekämpfen, ist *die* entscheidende Maßnahme bereits vor Eintritt in die Grundschule, aber auch begleitend zur Schullaufbahn. Es ist ein verheerendes Signal, wenn etwa im Land Berlin 18 Monate vor Beginn der Schulpflicht systematische Sprachstandtests durchgeführt werden, verbindliche Maßnahmen bei festgestelltem Förderbedarf dann aber nicht durchgesetzt werden.

Allgemein muss in der Grundschule dafür gesorgt werden, dass die Kinder die grundlegenden Kulturtechniken verlässlich erlernen: Lesen, Schreiben – auch und gerade im digitalen Zeitalter ist die Handschrift wichtig – und Rechnen, aber auch Werte wie Leistungsbereitschaft und Respekt im Umgang mit anderen.

Darüber hinaus müssen die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen abgestimmt gestaltet werden: der Übergang in die Grundschule ebenso wie auf eine weiterführende Schule, die mittlere Reife als Übergang in die gymnasiale Oberstufe und in die Berufsausbildung. Die jeweils nächste Bildungsstufe muss ihre Anforderungen klar definieren, die vorherige dies für ihre Lehrpläne kennen und berücksichtigen. Einige Bundesländer haben hierzu bereits Bildungs- und Erziehungspläne eingeführt. Vor allem aber müssen sich endlich alle Bundesländer verpflichten, die Bildungsstandards und Qualitätssicherungskriterien der KMK verbindlich anzuwenden. Es darf nicht sein, dass 15 % aller Schüler am Ende der 4. Klasse die Mindeststandards im Lesen, Schreiben und Rechnen nicht erreichen, wobei die Werte in den Bundesländern von 6,5 % bis über 40 % reichen.

Hier kommt der Föderalismus ins Spiel. Er sollte den Wettbewerb um die besseren Lösungen gewährleisten – doch seine Realität zeigt sich als Durcheinander von Regelungen, Anforderungen und Niveaus. Ein Staatsvertrag der Länder – nicht mit dem Bund, sondern untereinander: Das wäre eine bildungspolitische Chance, und das ist zugleich eine existenzielle Herausforderung. Bildungskompetenzen auf den Bund zu übertragen, könnte vielleicht zu mehr Vergleichbarkeit, würde aber nicht zu höherer Qualität führen. Ein Staatsvertrag der Länder hingegen sollte verbindliche gemeinsame Ziele definieren, damit der Weg dahin im Wettbewerb stattfinden kann.

Es ist die gemeinsame Aufgabe der Länder, eklatante Anspruchs- und Niveauunterschiede zu beseitigen. Daran müssen auch die leistungsstärkeren Länder mitwirken. Denn auch wenn ein Land besser dasteht als andere, ist dadurch bei weitem noch nicht alles gut; Luft nach oben ist überall! Und ein funktionierender Föderalismus ist die Aufgabe *aller* Länder. Eines nicht zu fernem Tages sollten alle schriftlichen Abschlussprüfungen deutschlandweit ohne Abstriche aus demselben Aufgabenpool gestellt und nach denselben Erwartungshorizonten anonymisiert bewertet werden. Nur so werden Schülerleistungen tatsächlich vergleichbar und nach einem einheitlichen Leistungsmaßstab ermittelt. Dass dies nur für einen Teil der Gesamtbewertung gilt, lässt einerseits Freiheiten und etabliert zugleich einen Ordnungsrahmen, der produktiven Wettbewerb um die besten Lösungen auf Ebene der Schulsysteme wie der einzelnen Schulen fördert.

II. Eine neue Bildungsoffensive

Das bürgerlich-emanzipatorische Bildungskonzept beruht auf der Vorstellung, dass nicht Herkunft oder Stand über beruflichen Erfolg und die gesellschaftliche Position entscheiden, sondern individuelle Leistung und freie Entscheidung. Das war die Erfolgsgeschichte der Bildungsreformen seit den sechziger und siebziger Jahren.

Ihre Zielgruppe waren die sprichwörtlichen katholischen Mädchen aus der Eifel. Heute stellen wir fest: Diese haben tatsächlich durchstarten können. Die Bildungsreformen haben Generationen von Bildungsaufsteigern hervorgebracht, vor allem aus den deutschen Mittelschichten. Andere Milieus hat dieser emanzipatorische Effekt jedoch deutlich weniger erreicht, insbesondere die Kinder immigrierter Familien. Statistische Erhebungen zeigen, dass muslimische Migranten in ganz Europa die größten Schwierigkeiten auf den Arbeitsmärkten haben. Ziel muss es daher sein, den Bildungsgrad in den Zuwanderungsmilieus signifikant zu erhöhen.

Dabei muss es darum gehen, die *formalen* Chancen, die ja vorhanden sind, in *reale* zu verwandeln. „Empowerment“ heißt das neudeutsche Zauberwort nach der altbewährten Devise „fördern und fordern“. Eine neue Bildungsoffensive muss proaktive Maßnahmen umfassen, die Kinder und ihr familiäres Umfeld gleichermaßen einbeziehen. Ein Beispiel ist das „Diesterweg-Stipendium für Kinder und ihre Eltern“ der Stiftung Polytechnische Gesellschaft in Frankfurt, das Familien dabei hilft, Zugangsbarrieren zu Bildungsinstitutionen zu überwinden.

Zugleich muss die offene Leistungsgesellschaft ihre Standards behaupten. Wenn muslimische Mädchen in ihren Familien gestärkt werden sollen, dann sollten wir über speziell auf junge Musliminnen zugeschnittene Angebote nachdenken, die ihnen Raum für ungehinderte Entfaltung bieten. Zugleich muss eine solche Bildungsoffensive die Jungen mit ihren hohen Abbrecherquoten in den Blick nehmen. Notfalls müssen auch abgestufte Sanktionierungen der Eltern zum Einsatz kommen, wenn diese sich ihrer Pflicht zur Mitwirkung im Interesse ihrer Kinder verweigern. Es geht darum, das bildungspolitische Aufstiegsversprechen für das 21. Jahrhundert neu zu beleben.

Dabei bleibt die Erziehung zu Freiheit und Demokratie eine grundlegende Bildungsaufgabe, gerade in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft. Die Spielregeln einer aktiven Bürgergesellschaft, die Offenheit mit klaren Erwartungen verbindet, müssen immer wieder vermittelt und auch durchgesetzt werden. So führt Bildung tatsächlich zu Integration. Der Dualismus von Aufnahmegesellschaft und Einwanderern war gestern. Im 21. Jahrhundert brauchen wir ein bürgergesellschaftliches Leitbild, das für alle gilt und alle einbezieht.

III. Mensch 1.0 für die Welt 4.0

Im Mittelpunkt der Bildung steht stets der einzelne Mensch als Person. Viele bezweifeln, dass er in Zeiten von Künstlicher Intelligenz noch das Heft des Handelns bzw. Entscheidens in der Hand haben wird. Abgesehen davon, dass dies empirisch zweifelhaft ist, gilt auf normativer Ebene: Das Gegenteil ist richtig. Das Ziel eines aufgeklärten Umgangs mit der Digitalisierung muss sein, dass nicht die Computer die Menschen, sondern dass die Menschen die Computer beherrschen. Daher darf die Devise nicht lauten „Digitalisierung first, Bedenken second“, sondern „Digitalisierung *und* Bedenken“ – im Sinne kritischer Reflexion durch mündige Bürger. Bildung muss digitale Fertigkeiten vermitteln, ebenso aber auch die Metareflexion über Mechanismen, Möglichkeiten und Schattenseiten der digitalen Welt. Notwendig ist daher ein wirkliches „Gesamtkonzept Medienbildung“.

Sein Kern muss die Erziehung zur Medienmündigkeit sein. Daher sollte Medienkunde als Propädeutikum sowohl die Grundlagen für das Verständnis von Computern legen als auch Schutz und Hilfe bei Gefahren der digital vernetzten Welt thematisieren. Auf der Basis eines solchen Grundverständnisses können digitale Techniken fachspezifisch im Unterricht eingesetzt und ihre breite Alltagsnutzung durch Jugendliche verantwortet werden.

Den Menschen 1.0 für die Welt 4.0 zu bilden, bedeutet darüber hinaus, in Heranwachsenden stark zu machen, was Computer nicht können und nicht können sollen. Dazu zählen die klassischen Grundlagen der Persönlichkeitsbildung wie Argumentations- und Urteilsfähigkeit,

ästhetische und musische Bildung – sowie nicht zuletzt Allgemeinbildung einschließlich einer soliden politischen Bildung. Ein Vorrat an gemeinsamem Wissen ist die Grundlage gesellschaftlicher Verständigung und damit unserer Demokratie.

Die Zukunft birgt Chancen, und Bildung eröffnet Perspektiven – für alle zu jedem Zeitpunkt. Was bisher als „Erwachsenenbildung“ der Freizeitgestaltung oder der individuellen Karriere förderlich war, wird daher als vierte Bildungsphase so selbstverständlich zum gesamten Berufsleben gehören müssen wie flexible Arbeitszeiten und selbstbestimmte Lebensverläufe.

Notwendig sind Neugier und der Wille, sich Neues anzueignen sowie die Bereitschaft, sich verbindlichen Zielen und Leistungskriterien zu stellen und Ergebnisse als Ansporn zur Weiterentwicklung zu begreifen. Diese Eigenschaften des Menschen sind die Grundlage für das Fortleben und die Weiterentwicklung unserer Bürgergesellschaft, gerade im Zeitalter von Digitalisierung und Zuwanderung. Hierin liegen die Herausforderung und zugleich die Chance der Bildung für die Zukunft.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat eine Gruppe von Experten gebeten, Empfehlungen für die Bildungspolitik von morgen auszusprechen. Herausgekommen sind „Zehn Thesen für eine bessere Bildungspolitik“, die in Kürze veröffentlicht werden.